

Alternative Nothaushalt

Zu unserer Berichterstattung über die Diskussion um Steuererhöhungen und Haushaltsausgleich erreichte uns dieses Schreiben:

Wahrscheinlich wird auch diese hier geäußerte Auffassung im derzeitigen Geschrei untergehen. Dennoch: Wenn Politik und Verwaltung nichts anderes zu tun haben, als sich untereinander mit Parolen wie „Giftliste“, „Wutbürger“, „Unseriosität“, „Populismus“ und „Niveaulosigkeit“ zu betiteln, aber ernsthaft und laut darüber nachdenken, lieber ganze Schulen auf Dauer zu schließen, im selben Atemzug dabei vom „Anderen“ „Rückkehr zur Sachlichkeit“ einfordern, ist die Hürde zur politischen Bigotterie hin übersprungen. Es scheint auf Dauer wohl die richtige Alternative zu sein, alles auf „Null“ zu setzen und in den Nothaushalt zu gehen, als – wem auch immer – die Möglich-

keit zu geben, über die eigenen Fehlentscheidungen durch hektischen Einsparaktivismus ausschließlich in den Taschen des „Anderen“ das Mäntelchen zu hängen und das Ganze dann noch mit dem Zeigefinger der „komplexen Materie des Haushalts“ zu begründen.

Vielleicht stellt sich dann ja heraus, wer überhaupt die angeblich so „komplexe Materie des Haushalts“ verstanden hat, wer nicht und wer sie zukünftig verstehen wird. Ob man den oder die in den Reihen derjenigen findet, die in der letzten Ratssitzung „mitgewirkt“ haben, die nunmehr darum ringen, mit einem zu beschließenden Kompromisshaushalt fortwirtschaften zu dürfen, wird man dann ja erfahren. Wenigstens können wir Hundehalter unserem Hund mit einem Aufkleber/-näher ausstatten: „Ich saniere den Stadthaushalt – ich bin Steuerzahler – schön, dass es mich gibt!“

Das sind ja wirklich bahnbrechende Entscheidungen, die da so getroffen werden.

Alle Achtung!

Corinna Stura-Cura

Mündige Bürger statt Wutbürger

Zu unserer Berichterstattung über die Diskussion um die geplanten Steuererhöhungen erreichte uns folgender Leserbrief:

Da musste ich bei der morgendlichen Zeitungslektüre herzlich lachen. Vom bürgerlichen Engagement gegen Schürenfeld und gegen überzogene Steuererhöhungen sichtlich überrascht, wird das Wort „Wutbürger“ verwendet. Offensichtlich können einige Ratsmitglieder und insbesondere die Verwaltung der Stadt Fröndenberg/Ruhr nicht damit umgehen, dass sich fachkundige Bürger einmischen.

Da wird vonseiten einer Bürgerinitiative doch unverschämterweise ein Businessplan für ein unwirtschaftliches Gewerbegebiet eingefordert. Das hängt damit zusammen, dass Bürger teilweise aus der Wirt-

schaft kommen und gewöhnt sind, mit spitzem Bleistift zu rechnen. Wenn dann seitens des Kämmers auf die WFG verwiesen wird, ist das keine hinreichende Antwort. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna hat ein erhebliches Interesse an diesem Projekt, da sie verdient und damit ihre eigene Existenz absichert. Somit ist die WFG wohl kein objektiver Berater in der Sache Schürenfeld. Verwaltungsmenschen wie Herr Rebbe, Herr Freck und Herr Ziegenbein sind es nicht gewöhnt, mit Bürgerprotesten umzugehen. Sie sollten sich mal bei anderen Städten umhören, dort ist es gelungen, konstruktiv mit Einwendungen von Bürgern umzugehen, um deren oft berechtigte Anliegen im Dialog sachlich zu prüfen. Eigentlich sollten Politik und Verwaltung froh sein, dass – trotz weitgehender Politikverdrossenheit – überhaupt noch jemand mitreden will. Übrigens: Wo bleibt der Businessplan, Herr Freck?

Dr. Andreas Hennemann

H. A. 17.12.15